



Landesärztekammer Hessen • Landes Zahnärztekammer Hessen
Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen • Landesapothekerkammer Hessen • Landeskammer für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten Hessen
Landestierärztekammer Hessen

Gemeinsame Pressemitteilung

Auslaufmodell Landarzt (-apotheker, -therapeut)?

Bündnis heilen&helfen fordert Gesamtpaket von Politik, damit Heilen auf dem Land wieder möglich ist

Frankfurt, 18. Mai 2018. Welche Rezepte hat die Politik für eine bessere medizinische Versorgung auf dem Land? Mit dieser Frage konfrontierten die im Bündnis „heilen & helfen“ vereinigten hessischen Heilberufskörperschaften am 17. Mai Politiker der Landtagsfraktionen in Wiesbaden. Anlässlich der bevorstehenden Landtagswahlen tauschten sich die Vertreter der Heilberufskörperschaften in der von Andreas Hieke vom Hessischen Rundfunk moderierten Veranstaltung „Heilberufe fragen, Politiker antworten“ mit den Politikern zu zentralen Gesundheitsthemen aus.

Dabei spannten sie einen Bogen von den Forderungen „Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Apotheker und Tierärzte aufs Land“ und „Mehr Studienplätze in der Medizin“ über die zunehmende Bürokratisierung bis zur heftig kritisierten Budgetierung, der gesetzlich festgelegten Begrenzung des Honorarvolumens für ärztliche Leistungen.

Deutlich benannten die Vertreter der Heilberufskörperschaften die Schwierigkeiten, die im Ergebnis u. a. dazu führen, dass Patienten nicht adäquat versorgt werden können. So stellten Ursula Funke, Präsidentin der Landesapothekerkammer (LAK Hessen), Dr. Michael Frank, Präsident der Landes Zahnärztekammer (LZKH) und Dr. Jürgen Glatzel, Präsidiumsmitglied der Landesärztekammer (LÄKH), die dramatische Situation im ländlichen Raum dar, wo ein Teufelskreis aus schwindender Infrastruktur, Ausdünnung der Krankenhauslandschaft und unattraktiven beruflichen Rahmenbedingungen dazu führt, dass sich immer weniger Ärzte, Zahnärzte und Apotheker dort niederlassen. „Wenn es keine Ärzte und Apotheker mehr auf dem Land gibt, haben die Patienten keine Anlaufstelle mehr“, warnte Funke. Glatzel kritisierte, dass ein Drittel aller Krankenhäuser aus der Notfallversorgung herausgenommen werden solle und es Überlegungen gebe, nur noch Kliniken mit über 500 Betten zu betreiben. Damit sei die Versorgung in der Fläche völlig am Ende. „Es muss mehr Geld in das System“, forderte Glatzel. Frank stellte fest „Wir brauchen mehr Medizinstudienplätze“. Allerdings müsse auch geklärt werden, wer diese bezahle. Die bisherigen Anstrengungen der Politik hätten nicht die erhofften Ergebnisse gebracht, darin war sich das Bündnis der hessischen Heilberufe einig.

„Wir haben bereits richtige Wege eingeschlagen“, erklärte Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU), aber es müsse noch mehr getan werden. So sehen Bartelt und Marcus Bocklet (Bündnis 90/Die Grünen), beide sozialpolitische Sprecher ihrer jeweiligen Landtagsfraktion, Lösungsansätze darin, finanzielle Anreize wie Starthilfen und Umsatzgarantien für Ärzte auf dem Land zu schaffen, ärztliche Überversorgung in „Innenstadtlagen mit gehobener Sozialstruktur“ (Bartelt) abzubauen, sowie durch infrastrukturelle Maßnahmen den ländlichen Raum insgesamt zu stärken.

Im stationären Sektor setze man auf Verbundstrukturen von Krankenhäusern. René Rock, FDP-Fraktionsvorsitzender, und Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion der Linken, sprachen sich dafür aus, mehr Studienplätze zu schaffen und mehr Ärztinnen und Ärzte auszubilden. Dr. Daniela Sommer, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, kritisierte die von den Vertretern der Regierungsfractionen vorgeschlagenen finanziellen Maßnahmen als nicht ausreichend und forderte eine längerfristige Unterstützung von Heilberuflern, die auf dem Land praktizieren.

Dr. Bartelt stimmte Funke zu, dass zur Sicherung einer flächendeckenden Arzneimittelversorgung kein Preiswettbewerb bei Arzneimitteln sinnvoll sei und seine Fraktion daher wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung die Rückführung des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln auf das europarechtlich gebotene Maß unterstütze.

„Wir wollen auf dem Land arbeiten, aber wir dürfen nicht“ Dr. Heike Winter, Präsidentin der Psychotherapeutenkammer Hessen (LPPKJP), kritisierte die Bedarfsplanung scharf. Diese führe insgesamt zu unzumutbar langen Wartezeiten in Stadt und Land, in den ländlichen Regionen aber zu einer deutlichen Unterversorgung. Die Bedarfsplanung muss grundsätzlich überarbeitet und an die stark gestiegenen Erkrankungszahlen angepasst werden. Es müssen neue Niederlassungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit auch die Menschen mit psychischen Erkrankungen in den ländlichen Regionen angemessen versorgt werden können. Bocklet bestätigte die mangelhafte Versorgung und überlangen Wartezeiten, "Psychotherapie ist kein Gedöns", er werde sich gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Planung eingeführt wird.

Kontrovers wurde die Frage der Budgetierung diskutiert. Dr. Glatzel und Michael Matthes, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen (KZV Hessen), wiesen darauf hin, dass 30 Prozent der ärztlichen Leistungen wegen am Quartalsende ausgeschöpfter Budgets nicht honoriert würden. Dem hielt Dr. Bartelt (CDU) entgegen, dass eine Begrenzung erforderlich sei, um den Krankenkassenbeitrag stabil zu halten, während René Rock (FDP) sich gegen die Budgetierung aussprach, jedoch keine Chance auf deren Abschaffung sah. Dr. Sommer (SPD) hielt es für erforderlich, die vielseitigen Probleme in einem Gesamtkonzept anzugehen. Dass Budgetierung menschen- und leistungsfeindlich sei, kritisierten die Bündnisvertreter einhellig. „Ein Arzt darf nicht dafür bestraft werden, wenn er sich für seine Patienten abrackert“, kritisierte Dr. Michael Frank, Präsident der Landeszahnärztekammer Hessen.

Mit Blick auf den Einsatz von Antibiotika und die zunehmenden Resistenzen stellte Dr. Ingo Stammberger, Präsident der Landestierärztekammer (LTK Hessen), eine Verbindung zwischen Human- und Veterinärmedizin her. Er hob hervor, dass Resistenzen gegen Antibiotika unbedingt zu minimieren seien und wies darauf hin, dass in der Nutztierhaltung bereits eine deutliche Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika erreicht worden sei. Die erst kürzlich im Bundestag verabschiedete Tierärztliche Hausapothekenverordnung beinhalte jedoch eine nicht notwendige erhebliche Bürokratisierung und finanzielle Belastung für Tierbesitzer, die der Bekämpfung von Resistenzen nicht nütze, und müsse daher geändert werden.

Abschließend unterstrichen die Politiker, dass das Bündnis der Heilberufe wegen der Vielfältigkeit und Komplexität des Gesundheitswesens zu begrüßen sei.

Kontakt:

Stellvertretend für die beteiligten heilberuflichen Körperschaften
Katja Möhrle, Pressestelle der Landesärztekammer Hessen
Tel.: 069 97 67 2 - 188
Fax: 069 97 67 2 - 224
Katja.Moehrle@laekh.de